



Aarau, 17.9.2025

Anfrage - Emissionen der neuen Biogasanlage in der Telli

Die Inbetriebnahme der neuen Biogasanlage im Telli-Quartier hat zu einer massiven und für die betroffene Bevölkerung unzumutbaren Geruchs- und Lärmbelastung in der Telli, aber auch in Teilen von Rohr geführt. Dieser Zustand steht im Widerspruch zu den Prognosen und Zusicherungen, die im Planungs- und Bewilligungsverfahren abgegeben wurden – unabhängig davon, ob es sich bei den aktuellen Problemen «nur» um eine Justierungs- oder Hochfahrphase handelt.

Wir bitten den Stadtrat daher um die Beantwortung der folgenden Fragen, um Transparenz zu schaffen, die Wirksamkeit der Massnahmen zu beurteilen und Lehren für die Zukunft zu ziehen.

Teil 1: Projektgrundlagen und Bewilligungsverfahren

1. Welche konkreten Prognosen zu Geruchsemissionen enthielten die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) und der Umweltbericht für den Normalbetrieb sowie für Sonderfälle wie die Phase der Inbetriebnahme?
2. Wurde die aktuell eingetretene Situation in der Bewilligungsphase als mögliches Szenario in Betracht gezogen?
 - Falls ja, welche Vorkehrungen (z.B. ein proaktives Informations- oder Dialogkonzept) hat die Stadtverwaltung für diesen Fall getroffen?
 - Falls nein, aus welchen Gründen wurde ein solches Risiko ausgeschlossen?
3. Welche spezifischen Auflagen zur Minimierung von Geruchs- und Lärmemissionen wurden seitens der Stadt im Rahmen der Baubewilligung verfügt?

Teil 2: Aktuelles Krisenmanagement und Dialog mit der Bevölkerung

1. Welche konkreten Sofortmassnahmen hat der Stadtrat bei der Betreiberin, der Green Power Aarau AG, eingefordert? Wie wird die Koordination zwischen Stadt, Kanton und Betreiberin gestaltet, um eine speditive Lösung des Problems sicherzustellen?
2. Welchen Zeitplan hat die Betreiberin für die vollständige Behebung der Geruchs- und Lärmprobleme vorgelegt? Und wie stellt der Stadtrat sicher, dass die ergriffenen Massnahmen eine nachhaltige Wirksamkeit entfalten?

3. Führen die Stadt oder der Kanton unabhängige Geruchs- und Lärmmessungen in den betroffenen Quartieren durch, um die Belastung objektiv zu validieren und den Erfolg der Massnahmen zu überprüfen?
 4. Wie wurde und wird der Dialog zwischen der Stadt und der betroffenen Bevölkerung aktiv gestaltet? Über welche Kanäle (z.B. Website, Medien, Anwohnerbriefe, öffentliche Austauschformate) wird über Ursachen, Massnahmen und Fortschritte informiert? Wie werden die Bedürfnisse der Bevölkerung abgeholt?
 5. Welche rechtlichen und finanziellen Instrumente stehen der Stadt zur Verfügung, um die Betreiberin der Biogasanlage zur schnellen und vollständigen Umsetzung der notwendigen Massnahmen anzuhalten?
-

Teil 3: Lehren für zukünftige Projekte (z.B. ARA-Erweiterung)

1. Welche konkreten Lehren zieht der Stadtrat aus dem vorliegenden Fall der Biogasanlage im Hinblick auf die künftige Beurteilung von Umweltverträglichkeitsprüfungen und Baugesuchen ähnlicher Projekte?
2. Wie ist der Stand der Planung für die ARA-Erweiterung, also die geplante Dimension, Kapazität, technische Standards, Standort, inkl. aktuellem Stand der Projektplanung und voraussichtlichem Zeitplan zur Umsetzung?
3. Wie wird sichergestellt, dass die Erkenntnisse aus der Situation mit der Biogasanlage direkt in die Planung und das Bewilligungsverfahren für die anstehende Erweiterung der Kläranlage einfliessen?
4. Erwägt der Stadtrat, die städtischen Richtlinien für die Genehmigung von Industrieanlagen in der Nähe von Wohngebieten zu verschärfen, insbesondere im Hinblick auf die Plausibilität von Emissionsprognosen? Falls ja, inwiefern?
5. Welche Verbesserungen sieht der Stadtrat für das städtische Krisenmanagement und die Krisenkommunikation vor, falls bei künftigen Grossprojekten gemachte Zusicherungen nicht eingehalten werden?

Wir danken für die Beantwortung,

Vreni Jean-Richard, Daniel Fondado und Dario Trost, Einwohnerrat*innen SP Aarau